



Vierteljähriger Abonnementpreis in Breslau 2 Thlr. außerhalb inkl.
Post 2 Dkr. 11 Sgr. Abonnentenabrechnung für den Raum einer
fünften Seite in Beiträgen 1½ Sgr.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 610. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Telegraphische Depeschen u. Nachrichten.

Turin. 29. Dez. Die Wähler der Stadt Aversa in Neapel haben den General Pallavicini, der die königlichen Truppen bei Aspromonte befehligte, zum Deputierten gewählt. In Rundschreiben des Ministers des Innern weist die Präfeten der dänischen Provinzen an, ihm die Gemeindebehörden, die sich in der Verdrückung der Briganden lässig beweisen, zum Behuf der Auflösung namhaft zu machen und sich die Vervollständigung der Nationalen und ihrer Organisation angelegen sein zu lassen.

Turin. 30. Dez. Die ministeriellen Urnale erklären, daß das Gerücht, der französische Gesandte Sartigüe zur Zurückstellung der durch Diktoraldekret mit Beschlag baten Privatgüter Franz II., Schritte gethan, jeden Grundes entbehrt.

Rom. 29. Dez. Der Papst hattern das diplomatische Corps empfangen. Heute empfängt derselbe ins II. und seine Familie.

Paris. 30. Dez. Nach Bericht aus Veracruz vom 2. d. M. war der Gesundheitszustand dasselbst trefflich. Das Verbot der Communication wurde in Mexico so aufrecht erhalten; der Courier der englischen Gesandtschaft war in Veracruz nicht angekommen. Tam-pico war rubig. Das Kanonen „Lance“ war wieder bis nach Panuco gelangt. In Alvarado schaute das gelbe Fieber.

Turin. 29. Dez. In Mailand fanden Ruhestörungen statt. Das Volk verlangte die Garibaldi-Hymne, gelt von der Musikkapelle der Nationalgarde, diese verweigerte dies, in dessen die Nationalgarde die Zusammensetzung zerstreute und mehrere Verhaftungen vornahm.

Paris. 29. Dez. Den jüngsten Nachrichten aus Mexico zufolge werden die Franzosen keine vorrückenden Bewegungen vor Ende Januar machen können. Die französische Regierung ist wieder neue Verstärkungen nach Mexico. — „La France“ bestätigt, daß England von der Türkei die Recitation der griechischen Grenze gegen Thessaloniki zu verlangen wird.

Preuß.

Berlin. 30. Dez. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allgemein geruht: Dem Hauptmann von Brodman im General-Stabe der 10. Division den rothen Adler den vierter Klasse mit Schwertern, dem Hauptmann Loewe im 4. Westfälischen Infanterie-Regiment Nr. 17, dem Bürgermeister Grub und dem Stadt-Baurath Grubis, beide zu Magdeburg, den roten Adler-Oden vierter Klasse, dem Gerichtsboden und Executor Joh. Körner zu Neurode und dem Aufwärter Pötzsch bei dem Kadettenhause Culm, das allgemeine Ehrenzeichen, dem Unteroffizier Piwo im 2. Ostpreußischen Grenadier-Regiment Nr. 3, dem Grenadier Reicg im 1. Ostpreußischen Grenadier-Regiment Nr. 1, so wie den jungen Paul Roeblings und Peter Oßergeld auf der Steinfelder Kuppe „Centrum“ im Ober-Bergamt-District Bonn, die Rettungs-Maille am Bande zu verleihen; den Kreisgerichts-Director von Malp im Bromberg in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Frankfurt a. O. zu verleihen; den Pastor prim. Karras in Hoyerswerda, dem Superintenden der Diözes Hoyerswerda; ferner den Meigutbesitzer und Kreisrichter Paul Georg Hoffmann-Schölkopf in Waldesruh, zum Landrat des Kreises Liegnitz, im Regierungsbezirk Glogau, zu ernennen; und den Geheimen expedienten Secretären Lehnungs-Rathen Müller und Stenzler vom Kriegsministerium in Charakter als Geheimer Rechnungs-Rath; so wie dem Bureau-Prästeher Mack bei der Provinzial-Steuer-Direction in Köln den Challer als Rechnungs-Rath zu verleihen.

Se. Maj. der König haben allgemein geruht: em bei der Kriegsschule in Erfurt als Lehrer angestellten Premier-Lieutenant Rave à la suite des 1. Westfälischen Infanterie-Regiments Nr. 13, und em bei den Kriegsschulen zur Dienstleistung als Bureau-Chef ic. kom. indirekt Seconde-Lieutenant Lademann vom 3. Magdeburgischen Infanterie-Regiment Nr. 66, zur Anlegung des von des Herzogs von Sachsen-Meiningen Hoheit ihnen verliehenen, dem herzoglich sachsen-ernestinisch Hausorden affilierten Verdienstkreuzes, so wie dem Seconde-Lieutenant von Below vom 1. Westfäl. Husaren-Regiment Nr. 8, zur Anlegung des von des Königs von Portugal Majestät ihm verliehenen Ritterkreuzes des portugiesischen Ordens, und dem Zahlmeister Schwarze vom 3. Thüringischen Infanterie-Regiment Nr. 71, zur Anlegung des von des Herzogs von Sachsen-Gotha Hoheit ihm verliehenen, dem herzoglich sachsen-ernestinisch Hausorden affilierten Verdienstkreuzes, die Erlaubnis zu ertheilen. (St.-Anz.)

Wir sehen uns wiederholt veranlaßt, mit Bezug auf unsere Bekanntmachungen vom 21. März d. J., Staatsanzeiger Nr. 71, 86 und 94, vom 3. September d. J., Staatsanzeiger Nr. 206, und vom 1. November d. J., Staatsanzeiger Nr. 260, die Einigung der zum 1. Oktober d. J. gefündigten nicht konvertirten Schuldenverbindungen der Staats-Anleihen de 1850 und 1852 Behufs der Empfangnahme des Kapitalbetrags in Erinnerung zu bringen und darauf aufmerksam zu machen, daß die Bergung der nicht konvertirten Schuldenbeschreibungen jene Anleihen mit dem 1. Oktober d. J. aufgehoben hat.

Berlin, den 29. Dezember 1862.

Haupt-Behörde der Staatsgeschäfte.

von Wedell. Game. Löwe. Meinecke.

Berlin. 30. Dez. [Vom H. e.] Se. Maj. der König nahm heute die Vorträge des General-Lieutenants und General-Adjutanten Fr. v. Manteuffel und des Polizei-Präsidenten entgegen.

Berlin. 30. Dez. [Herr v. Bismarck und die Bundesreform.] Der „W. Pr.“ wird geschrieben: Nicht blos die Neuherungen unseres Ministerpräsidenten über Oestreich sind es, die jetzt ganz ungeniert in den hiesigen politischen Kreisen circuliren. In den diplomatischen Salons dient zum weiteren und, wie leicht zu denken, sehr reichen Gesprächsstoff der Inhalt einer Unterdiscussion, welche Herr von Bismarck dieser Tage mit einem mittelstaatlichen Vertreter hatte. Ist es schon an sich aufgefallen, daß der Ministerpräsident, welcher nur mit den Vertretern der Großmächte unmittelbar zu verkehren und bei der übrigen Diplomatie sich durch den Unt.-Staatssekretär vertreten zu lassen pflegt, einen deutschen Diplomaten mittleren Ranges seiner Confidenzen würdig, so ist, was man bezüglich dieser Confidenzen vernimmt, vollends geeignet, in großes Erstaunen zu versetzen. In jenem Gespräch handelte es sich nämlich um nicht mehr und nicht weniger, als um die Thunlichkeit, das deutsche Reformwerk auf etwa zehn Jahre ruhen zu lassen und in einer Weise sie zu stellen, die zugleich eine Art von Compromiß Oestreichs gegenüber involvioren würde. Es wies sich natürlich die Frage auf, wie zu diesem Projecte die Handelsvertrags-Angelegenheit sich verhalten soll; vielleicht kam sie auch gar nicht zur Sprache. Wir aben nie gezweifelt, daß Herrn von Bismarck selbst eine Bundesreform im Geiste des Antrags der acht Regierungen ein liberaler Grübel ist.

[Graf Eulenburg und die Adresse der Stadtverordneten.] Der Stadtverordneten-Borsteher, Herr Lütting, ist heute Vormittag zu Sr. Excell. da Herr Minister Graf Eulenburg bezeichnet worden, der das Verlagen an ihn gestellt hat, er solle ihm das Con-

cept der an Se. Maj. den König gerichteten Neujahrsadresse der Stadtverordneten vorher zur Durchsicht vorlegen, da widrigenfalls eine Audienz nicht gewährt werden würde. Es darf wohl vorausgesetzt werden, daß Herr Lütting zunächst auf einen Beschluß der Stadtverordneten selber, die ja heute Abend Sitzung haben, recurriert haben wird.

[Offizielle Berichtigung.] Die „Weser-Zeitung“ enthält in ihrer Nr. 5929, Morgen-Ausgabe (unter ? Berlin, 19. Dezember), folgende Sätze:

„Es wird erzählt, daß ganze Ministerium sei für zweijährige Dienstzeit, d. h. wünsche dieselbe, allein das jetzige Ministerium hat sich freiwillig in dem Fall begeben, daß auf seine Meinung in dieser Frage gar nichts kommt. Als der König das Entlastungsgebot der Minister v. d. Heydt und Bernstorff annahm, das des Kriegsministers aber abwies, erklärte er diesem, jene Civilminister könnten thun, was sie wollten, der Kriegsminister dagegen sei ein General und habe dem König zu gehorchen. Hr. v. Roon nahm diese Rolle an, und nun mag er persönlich über die Militärfrage denken, wie er will, er mag namentlich für 2jährlige Dienstzeit bestimmt sein, wie er ja schon im Sommer deutlich durchblättert ließ, er hat keine Macht, seine Ansichten durchzusetzen, und qualità sich mit seinem „Geborham“ ab. Er soll bereits nicht weniger als drei Vorlagen ausgearbeitet haben, um dem König die Wahl darüber zu überlassen. Er ist bereit, dieses oder jenes „Bürgeständniß“ an das Abgeordnetenhaus zu machen, wenn aber der König auf seinen Vorschlag eingeht, so ist er wieder bereit, zu gehorchen.“

Die „Sternzg.“ ist zu der Erklärung ermächtigt, daß sämtliche im Vorstehenden behauptete Thatsachen, insbesondere auch die Ansprüche über die angeblichen Neigungen und Wünsche des Staatsministeriums und des Kriegsministers, von Anfang bis zu Ende vollständig aus der Lust gegriffen sind.

[In der gestern stattgehabten Sitzung der Abgeordneten der Kaufmannschaft] wurde über den bekannten, auch in dieser Zeitung öfter erwähnten, von dem Kaufmännischen Vereine zu Breslau angelegten Antrag in Betreff der Auszahlungen aus gerichtlichen Kassen berathen und der Beschluß gefaßt, diesem Antrag nicht beizutreten.

[Zulkus Behrens,] bekannt von 1848, soll sich, wie es heißt, nun auch entschlossen haben, seinen Wohnsitz in St. Antonio in Texas (Nordamerika) aufzugeben und nach Deutschland zurückzukehren. Man hatte lange keine Nachricht von ihm.

Berlin. 30. Dez. [Preßprozeß gegen die Volkszeitung.] Die Reihe der in diesem Jahre zur Verhandlung gelangten Preßprozesse schloß mit der in der heutigen Sitzung der 4. Deputation des Criminalgerichts stattgehabten Verhandlung eines Preßprozesses gegen den Redakteur der „Volkszg.“ Hrn. Holdheim. Nr. 216 und 225 d. Btg. enthielten einen Leitartikel mit der Überschrift: „Hr. v. Roon und die Zeitungen“, in welchem nach der Anklage der Kriegsminister mit Bezug auf seine bekannten Ausführungen über die Haltung der liberalen Presse gegenüber der Armee auf das bestätigte angegriffen ist. Die Anklage hat zwei Stellen aus diesem Artikel incriminiert. In der ersten Stelle heißt es: „Wir geben, wie gesagt, auf eine Belehrung des Hrn. v. Roon nicht aus, der wahrhaftig ungeheuer viel zu lernen hätte, wenn er sich auf den Standpunkt der richtigen Einsicht erheben wollte, den gegenwärtig die Zeitungsschreiber fast ohne Ausnahme inne haben.“ In dieser Stelle findet die Anklage den Vorwurf grober Unwissenheit und gänzlichen Mangels wahren Einsicht, während in der zweiten incriminierten Stelle dem Minister Selbstüberhebung und Weisheitsdunst, sowie Mangel an wahrer Vaterlandsliebe vorgeworfen werden soll. Nach der Anklage enthält der Artikel somit einen Beritsch gegen § 102 des Strafgesetzbuches und es ist gegen den Redakteur Holdheim, der von dem Inhalte des Artikels vor seiner Veröffentlichung keine Kenntnis gehabt, die Anklage aus § 37 des Preßgesetzes erhoben worden. Der Angeklagte war im Aubienzermine nicht erschienen, hatte jedoch den Rechtsanwalt Lewald zu seiner Vertretung bevoilkmächtigt, der vom Gerichtshof auch auf Grund der Bestimmung des Einschränkungsartikels zum Strafgericht zugelassen wurde. Nach Verlehung des incriminierten Artikels ergriff der Staatsanwalt v. Mörs das Wort: Er habe nachzuweisen, so begann er, daß der Artikel den § 102 des Strafgesetzbuches verlehe. Wenn man die einzelnen Worte des Artikels auf die Waagbale lege, so möge man wohl zu dem Resultate kommen, daß der Artikel straflos sei; es müsse hier aber von einem anderen Gesichtspunkte ausgegangen werden, nämlich von dem Gesichtspunkte der Tendenz des Artikels. Derselbe enthalte die beständigen Angriffe gegen den Kriegsminister, verbunden mit Ausdrücken, welche beabsichtigen, ihn „herunter zu machen“ und zu verböhnen. Es seien Neuerungen gebraucht, die den Ausdruck der Geringsschätzung enthielten. B. wir geben, wie gesagt, auf eine Belehrung des Herrn v. Roon nicht aus.“ Es sei wohl keine Beleidigung, wenn man einem Schuljungen gegenüber eine solche Neuerung mache, aber einem Rath der Krone gegenüber, dem Staatsbürger Ehrebelietung schuldig seien, sei das eine grobe Schweißung. Es sei in der angeogenen Neuerung auch noch der Vorwurf grober Unwissenheit zu finden, eben so wie der Vorwurf, daß es dem Ministerium an richtiger Einsicht fehle. Durch die in dem zweiten Passus enthaltene Neuerung, „wenng sich ein Mensch auch noch so weise, gerecht und schriftbildend dünkt“ — werde die Person des Ministers in's Läderlade gezogen, und beantrage er somit, da der Artikel gegen den Paragraphen 102 des Strafgesetzbuches verstoße, gegen den Angeklagten eine Geldbuße von 50 Thlr. event. 3 Wochen Gefängnis. Vertheidiger Rechtsanwalt Lewald: Der incriminierte Artikel sei mit Beschlag belegt und durch einen sehr ausführlich motivirten Beschluß belegt und durch einen sehr ausführlich motivirten Beschluß der Rathskammer freigegeben worden. Darnach wurden die Exemplare durch die Polizei der Post selbst zur Verbindung zurückgegeben und hieraus entstand denkbar auch der nochmalige Abruck des Artikels in Nr. 225. Der Rathskammerbeschluß wurde durch eine Beschwerde der Staats-Anwaltschaft angegriffen und hierauf vom Kammergericht die Einleitung der Untersuchung befohlen. Die Anklage selbst behauptet nun, daß der Artikel eine Geringsschätzung des Herrn von Roon enthalte; als Basis für die Beurtheilung aber könne nur das Strafgesetz dienen. Nirgend sei darin aber die Rede von einer besonderen Ehrebelietung oder Chriftpunkt gegen die Räthe der Krone; es handle sich daselbst nur von einer Chriftpunkt gegen Se. Maj. den König. Die Minister zu bekämpfen sei in konstitutionellen Staaten ein unbestreitbares Recht der Presse. Nur sei aber auf die Tendenz des Artikels großes Gewicht gelegt; der Artikel knüpfe an die befannte Neuerung des Herrn v. Roon über die Presse in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 12. Sept. d. J. an und trete unmittelbar gegen diese Neuerungen auf. Der Minister äußerte u. a.: „er sei kein Freund der Presse und so viel an ihm gelegen, habe er sich bemüht, der Presse das Handwerk zu legen.“ Gegen diese Neuerung sich zu wehren, dazu habe die Presse das Recht. Der Artikel mache nun ein ganz bestimmtes Feld des Nichtwissens Hrn. v. Roon zum Vorwurf, nämlich das volkswirthschaftliche Feld. Nirgend aber sei der Vorwurf der allgemeinen Unwissenheit enthalten und namentlich der letzte Satz enthalte nicht ein Wort von dem, was die Anklage hineinlege. Das Jahr, in welchem er die „Volkszeitung“ so oft vertreten habe, so schließt der Vertheidiger, gehe zu Ende und er wolle nur hervorheben, was der Gerichtshof in diesem Jahre ausgesprochen habe, daß auch die Presse in dem Richterstande den gesetzlichen Schutz finden, und daß eine Norm gegeben werden müsse, damit sie nicht einer willkürlichen Auffassung unterliege. Der Gerichtshof habe damals angenommen, daß ein Vergehen zur Beurtheilung unweিলhaft vorliegen müsse, und in dem vorliegenden Falle habe die Rathskammer schon ein Nichtschuldig ausgesprochen. Wenn nun auch das Kammergericht den Anträgen der Staatsanwaltschaft nachgegeben habe, so seien doch Zweifel vorhanden, und bei diesen Zweifeln werde der Gerichtshof nach seinen Grundlagen über den Angeklagten das Nichtschuldig aussprechen. Der Staatsanwalt replizierte, daß er von einer Chriftpunktserwerbung gegen die Minister nicht gezwungen habe. Der Gerichtshof erkannte auf nichtschuldig gegen den Angeklagten und ordnete die Aufhebung der Beschagnahme an. Zunächst könne, so wurde ausgeführt, die Tendenz des ganzen Artikels nur dahin ausgefaßt werden, daß derselbe aus der Zeitlage und aus den Anforderungen derselben nachweisen wolle, daß dem Kriegsminister das politische und finanzwissenschaftliche Verständnis

seiner Zeit abgehe und daß die Einsicht der Zeitungsschreiber die richtiger sei. Was in dieser Beziehung gesagt werde, sei an und für sich für den Minister v. Roon nicht bedeigend, weil immer nur die politische und staatsmäßige Stellung des Ministers besprochen werde. Die Fassung des Artikels sei wohl voll bitterer Ironie und Schärfe, aber sie enthalte nichts Strafbares, denn das Strafgesetz nehme die Räthe der Krone gegen Ironie nicht in Schutz und verlange keine besondere Ehrebelietung vor ihnen. So tadelnswert auch manche Ausdrücke seien, so müsse dennoch das Nichtschuldig ausgesprochen werden.

Meseritz. 29. Dez. [Prozeß wegen des Nationalfonds.]

Vor dem Einzelrichter des hiesigen Kreisgerichts, Kreisrichter v. Przemyski, wurde heute gegen den Kreisgerichts-Dekanarius Brennmehl, eine Anklage wegen Collectorens für den Nationalfond verhandelt. Drei von dem ic. Brennmehl mitgebrachte Entlastungszeugen bekundeten, daß der ic. Brennmehl, was derselbe auch zugestand, die bereits in der Wählerversammlung vom 1. November gezeichneten Beiträge habe eingekassiert lassen, wozu ihm eine Liste von dem einen Zeugen, Stadtverordneten Gehner, übergeben worden sei, während der Vertheidiger Rechtsanwalt Fröhner sich auf die bereits erfolgten Freisprechungen von Seiten anderer Gerichte berief. Der Polizeianwalt beantragte gegen den Gerichts-Dekanarius eine Geldbuße von 5 Thlr. Der Polizeirichter hielt die Verordnung der königl. Regierung zu Posen vom 4. November 1853 für nicht zutreffend und sprach den Angeklagten frei. Von Seiten der Polizeianwaltschaft ist Recurs angemeldet worden.

Neustettin. 28. Dez. [Prozeß gegen Beizke.] Die gegen den Rechtsanwalt Beizke zu Bublitz (früheren Professor beim Kreisgericht zu Belgard) und den Kreisrichter Hildebrand zu Belgard wegen Verbreitung von vier Flugblättern der Fortschrittspartei erhobene Anklage ist durch das Appellationsgericht zu Göslin vor die erste Abtheilung des hiesigen Kreisgerichts gewiesen. Die mündliche Verhandlung erwartet man schon im Januar, und ist auf dieselbe um so mehr gespannt, als man vermutet, daß die Angeklagten von ihren drei Richtern zwei wegen Beleidigung an der sogenannten neustettiner Loyaltäts-Adresse verhorrreisen werden. (Pomm. 3.)

Belgard. 29. Dez. [Die Adresse an das Abgeordnetenhaus und der Landrat v. d. Reck.] Vorgestern ist die von dem Landrat v. d. Reck befahlte Adresse, vorläufig mit 1400 Unterschriften versehen, an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses Herrn Grabow abgeliefert worden. Der Erlass des Herrn Landrats gegen diese Adresse ist bereits mitgetheilt, so merkwürdig wie jenes Schriftstück ist der fernere Verlauf der ganzen Angelegenheit. Am 23. d. M. wurde der Redaktion des hiesigen Kreisblattes durch den hiesigen Kaufmann Herrn Zander folgendes Inserat zur Aufnahme übertragen: „Die Adresse an das hohe Haus der Abgeordneten liegt bei mir zur Unterschrift aus. G. Zander, Kaufmann.“ Die Verleger des Blattes, die Herren Bauer und Ottow, hatten das Inserat aufgenommen, der Landrat, dem das Blatt befußt der Korrektur der amtlichen Bekanntmachungen zuging, übte indessen Censur, indem er jene Anzeige strich und die Aufnahme untersagte. Obgleich der Einsender anführte, die Anzeige enthalte nichts Politisches, ja die Adresse könnte möglicherweise eine Petition über Anlegung einer Eisenbahn von Belgard nach Kielow, dem Gut des Herrn v. Kleist-Negow, enthalten, wurde keine Antwort ertheilt. Um nächsten Tage erschien der hiesige Polizeiverwalter, Bürgermeister Bähr, bei dem Herrn Zander und verlangte Einsicht der Adresse, diese wurde ihm nicht gewährt, sondern ihm auch ein Exemplar der Adresse eingehändigt. Zugleichigerweise ist auf derselben, die mit einem linierten Schema zur Aufnahme der Unterschriften versehen ist, die Firma des Druckers nicht angebracht, während sich diese auf dem Begleitschein vollständig vorfindet. Aus diesem Grunde hat der Landrat Veranlassung genommen, die Adresse bei dem Herrn Zander mit Beiflag zu belegen, obgleich dieser dagegen anführte, sie sei nur die Beilage zu dem mit Firma versehenen gedruckten Briefe, ferner sind mehrere Schulze vom Lande und einige hiesige Einwohner, welche die Adresse unterschrieben haben, vernommen, und endlich ist folgende Bekanntmachung in dem heutigen „Kreisblatt“ erschienen:

„Mit Bezug auf meine Kreisblattsverfügung vom 20. d. M. weise ich die Ortspolizeibehörden hierdurch an, wenn sich Exemplare der hier vorgefundenen gedruckten Adresse mit der Überschrift: „Hochverehrter Herr Präsident“, — in welcher es von Wahlmännern und Urwählern des Kreises Belgard für eine „sittliche Pflicht“ erachtet wird, auszusprechen, daß das Abgeordnetenhaus, durch seine ebenso maßvollen wie männlichen Beschlüsse zur Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte des Landes sich um das Vaterland wohl verdient gemacht“ habe, und die Bitte ausgesprochen wird, daß es sich auf dem bisherigen Wege durch nichts beirren lasse, und bei welcher die Angabe des Druckers und dessen Wohnortes fehlt, — irgendwo vorfinden oder zur Sammlung von Unterschriften ausgelegt oder verbreitet werden sollten, solche in Gemäßheit des § 29 des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 mit Beschlag zu belegen und mir sofort einzureichen. Belgard, den 24. Dez. 1862. Der Landrat. Fr. v. d. Reck.“

Der § 29 gründet sich bekanntlich darauf, daß eine Beschagnahme einer Druckschrift erfolgen kann, wenn den Vorschriften der §§ 7 und 24 nicht entsprochen ist. Hier ist der § 7 maßgebend, wonach auf jeder Druckschrift der Name und Wohnort des Druckers genannt sein soll; ausgenommen sind die zu den Bedürfnissen des Gewerbes und Verkehrs ic. dienenden Drucksachen. Ob in dem vorliegenden Fall ein Druckerei vorliegt, da das eigentliche zur Circulation bestimmte Schreiben eine Firma trägt,

die oben bezeichneten Verbrechen des Treubruchs und der Verfassungsverlezung enthalten! Wenn das die rechte Art ist, wie für das Ministerium Bismarck-Gulenburg Propaganda gemacht werden soll, so wird die Wirkung bald in der Stimmung der Bevölkerung aufzunehmen zu spüren sein. (N. St. B.)

Danzig, 29. Dez. [Fregatte „Niobe“.] Wie das „Danziger D.“ meldet, ist gestern Nachmittag die in England gekaufte Fregatte „Niobe“ von Swinemünde in den hiesigen Hafen unter Commando des Lieutenants J. S. I. Kl. Hassenstein eingelaufen.

Deutschland.

Gotha, 29. Dezbr. [Die in Deutschland gegenwärtig sich zeigende Bewegung unter den Arbeitern] hat auch hier Eingang gefunden. Veranlaßt durch die Auflösung des leipziger Arbeiter-Comite's hatte der hiesige Bildungsverein eine Arbeiter-Versammlung ausgeschrieben, welche gestern stattfand. Sie war zahlreich besucht und die Debatten führten zu dem Beschlusse, einen Arbeiter-Zweigverein für das Herzogthum Gotha zu gründen, der sich an das Comite in Leipzig anschließen und für die Verschickung der von Leipzig aus betriebenen Arbeiterversammlung Sorge tragen soll. Der Verein, für welchen sich alsbald etwa 90 Personen einzeichneten, wählte sofort ein geschäftsführendes Comite.

Italien.

[Die muratistischen Umtriebe. — Finanzielles. — Willens Ankunft. — Garibaldi.] Die muratistischen Umtriebe in Neapel gehen Hand in Hand mit den Reformbefürwortungen der Franzosen in Rom. Vom Prinzen Murat sind mehrere Sendschreiben an seinen „lieben Fürsten“, den alle Welt für einen bloßen Strohmann hält, in Umlauf. Diese Bestrebungen sind der italienischen Einheit nicht gefährlich, sie bezeugen aber die Illusionen der Tuilerien und vermehren bei den Italienern das schon so starke Misstrauen gegen denselben Mann, dem Monsignore von Merode den stärksten Schimpf anhat, und dessen Gefandt jetzt mit demselben Manne im herzlichsten Einvernehmen steht oder doch zu stehen beauftragt ist. Die italienische Regierung hat in ihrer neuen Zusammensetzung allerdings speciellere Anwartschaft darauf, daß die Neapolitaner von ihr das Beste erwarten dürfen; es sind zwei Neapolitaner Minister: Pisanielli und Manna, und vier Neapolitaner Gen.-Secretäre: Spaventa, Longo, Nisco, Magliano. — Die „Nationalität“ melden, daß der Finanzminister bereits wichtige Operationen in Schätzbons vorgenommen hat, und daß die Gerüchte über bereits abgeschlossene Übereinkünfte für die neue Anleihe durchaus verfrüht sind. — Nach der „Italie“ wird der neue preußische Gesandte nicht vor dem 14. oder 15. Januar in Turin erwartet. — Wir glauben zu wissen, sagt ferner die „Italie“, daß vor seiner Abreise von Pisa Garibaldi das Bett noch nicht verlassen hatte. Die noch offene Wunde und die fortdauernde Eiterung lassen kaum die anfänglich erwartete schnelle Heilung hoffen.

Frankreich.

* [Msgr. Morlot], Cardinal und Erzbischof von Paris, dessen Tod der Telegraph meldet, war am 28. Dezember 1795 geboren, hatte also das 67. Lebensjahr erreicht. Sein Tod ereignete in Paris großes Bedauern; er war nicht unbekannt. Als Cardinal und Mitglied des Senates nahm er an den politischen Angelegenheiten einen ziemlich lebhaften Anteil und verstand es, sowohl mit Rom wie mit dem französischen Hofe auf gutem Fuße zu leben. Er war abrigens ein feiner Welt- und Hofmann; er starb an einer Lungenerkrankung, von der er seit einigen Tagen befallen wurde und die einen schlimmen Verlauf nahm. Die Kirchen, in denen man gestern und heute für seine Wiederherstellung betete, waren stark besucht. Msgr. Morlot machte keine theologischen Studien im großen Seminar von Dijon. Er war der Neffe nach Groß-Vicar von Dijon, Bischof von Orleans (1839) und Erzbischof von Tours (1842). 1853 zum Cardinal erhoben, wurde er 1857 Erzbischof von Paris. Er war außerdem Senator, Groß-Ulmosenier des Kaisers, Mitglied des Regentschafts- und geheimen Rates und Co-mandeur der Ehrenlegion.

Paris, 27. Dez. [Zur griechischen Frage. — Italische Finanzen. — Aus Mexico. — Handelsvertrag mit Italien. — Vertraute Victor Emanuels. — Aus Cochinchina.] Die Regierungen von Österreich und Russland wollen in das Aufgeben des englischen Protectorats resp. in die Vereinigung der ionischen Inseln mit Griechenland nur dann willigen, wenn ein von sämtlichen Unterzeichnern der Verträge von 1815 anerkannter Kandidat den griechischen Thron besteigen wird. Es ist aber kaum anzunehmen, daß bei den eventuellen Conferenzen eine solche Einstimmigkeit erzielt werden wird. — Was Preußen betrifft, so hat sich Baron Bernstorff — wie die „Patrie“ wissen will — in seinen Conversations mit Graf Russell, eben so Herr v. Bismarck in seinen Unterredungen mit dem englischen Gesandten in Berlin günstig für die Annexion ausgesprochen, unter der Voraussetzung, daß diese Territorial-Veränderung von den nötigen Garantien für die Sicherheit des Orients umgeben sei. — Die schwächste Seite des neuen italienischen Königreichs sind abrigens nicht die freilich wenig erbaulichen politischen, sondern die geradezu bodenlosen finanziellen Zustände. Einen neuen Beleg hierfür liefert der „Courrier de Lyon.“ Diesem Journale zufolge ist die Verzögerung der neuen Anleihe lediglich in dem Widerstand zu suchen, welchen die kaiserliche Regierung wegen Zulassung dieses neuen Werths auf dem französischen Markte macht, — einen Widerstand, den weder Bimercati noch Bastoggi zu beseitigen vermöchten. — Den Ende dieses Monats fälligen Coupon der italienischen Rente wird Rothschild, vor dem man zu Kreuze trock, bezahlen, — wie die „France“ erfährt — gegen Überweisung der zu leistenden Einzahlungen auf die Domänen-Obligationen. Dagegen ist zur Bestreitung der täglichen Bedürfnisse durchaus nichts mehr vorhanden. Credit- und Wohlthätigkeits-Antalten, Depositen- und Cantion-Gassen ic. Alles ist geleert. — In dieser Verlegenheit fiel es Herrn Minghetti ein, daß in Neapel eine von den Bourbons gegründete Bank (die Bank des St. Giacomo) besteht, welche eines großen Vertrauens genießt, und für 180 Millionen Franken Depositen-Gelder hat. Eureka! rief Herr Minghetti und beschied den Bank-Direktor Marquis Autabile nach Turin. Was wurde diesem Herrn versprochen, oder mit was wurde ihm gedroht? Genug, die neapolitanische Bank schoß der turiner Regierung, ihren Statuten widersprechend, 100 Millionen vor. Damit war nun die lezte Kasse des Landes geleert. — Als Beispiel, wie übrigens in Italien jetzt mit den Staats-Finanzen gewirthschaftet wird, führt der „Courrier de Lyon“ an, daß der vierzehnjährige Sohn eines einflußreichen Deputirten 2000 Franken Pension bezieht — für die Stelle, die er einst bekleiden wird. — Dem Vernehmen nach hat auf die Nachricht hin, daß General Banks mit seiner Expedition in Texas landen werde, General Forey eine sofortige Verstärkung der französischen Truppen in Tampico für nötig erachtet. — Die Garnison dieses Platzes, welcher durch den Admiral Jurien de la Graviere widerstandslos am 22. November besetzt wurde, bestand nach den letzten Nachrichten aus dem 81. Infanterie-Regiment, 300 Matrosen und einer Feldbatterie. — Die Proklamation des Generals Bertier in Jalapa bewegt sich in den herkömmlichen Phrasen; er fordert die Männer aller Parteien auf, mitzuarbeiten „an dem Wiederaufbau des sozialen Gebäudes.“ — Die Unterhandlungen mit Turin wegen des Handelsvertrags sind in den letzten Tagen wieder aufgenommen worden. Der bisherige, wie es scheint, zu prätentiose Commissair Scialoja wurde jedoch besiegt und Herr Nigra selbst leitet die Angelegenheit. — Vertraute aus der Umgebung

Victor Emanuels — Marquis Pampara und Oberst Ruel — sind in London und Paris eingetroffen, um die visu das Terrain zu sondieren. — Die Nachrichten aus Cochinchina reichen bis zum 12. November. Zu dieser Zeit war das Land ruhig. Admiral Bonard hatte den beiden Vicekönigen seine Auswartung gemacht und erwartete ihre Gegenvisite.

Rußland.

Warschau, 24. Dezbr. [Der Prozeß gegen die 66. — Die Rekrutirung.] In der Vertheidigungrede des Anwalts Chruscicki seiner 9 Klienten von den 66 Angeklagten wurde vor der zahlreichen Zuhörerschaft der hiesigen Zustände gedacht. Nach einigen einleitenden Worten, mit denen er Thatsachen aus der Voruntersuchung zum Beweise anführte, daß der Verein keinen schädlichen Zweck verfolgte, auch an Bildung eines Revolutionsheeres nicht gedacht habe; daß die geleisteten Eide nur der Treue gegen das Vaterland gelten, keineswegs aber dem Kampfe, was eben nur vom Inquirenten untergeschoben sei; daß der Thatbestand nicht festgestellt sei, die Angeklagten den Vereinszweck nicht gekannt haben und ihre Thätigkeit sich nur auf Zusammenlegung einiger Gulden beschränkt habe, für die ein Heer unmöglich aufgestellt werden könne; daß schließlich die Untersuchung unter dem Einfluß einer vorgesetzten See geleitet worden sei, ging er zur Widerlegung der in den Protokollen der Untersuchungskommission enthaltenen Beschuldigungen über, welche keineswegs freiwillige, sondern unter dem Druck von Haft und Drohungen gemachten Geständnisse enthielten. Dabei bemerkte der Vertheidiger, daß Land habe lange Jahre hindurch eines gesetzlichen Organs entbehrt; daß Volk strömte in die Gotteshäuser, um Abhilfe in seiner schweren Bedrängnis zu ersuchen. Dagegen bedachte man es mit einer zahlreichen Polizei, die weit entfernt, es zu beschwichten, in ihrer Verfolgungssucht durch falsche Denunciations und erbichtete Sachen die Disposition des Landes schändete, um die vom Kaiser gegebenen Reformen rückgängig zu machen. Schließlich sprach er eindringlich von den Pflichten der Richter, und empfahl seine schuldlosen Clienten, für die er Freilassung beantragte. — Der Zweck der nächsten Rekrutirung ist deutlich in der behuften Instruktion an die Gouverneure vom 6. d. M. ausgesprochen. Es heißt darin wörtlich: „Die Ausweise über die Conscribten müssen die nothigen Notizen enthalten ... über deren politisches Verhalten, weil die Hauptaufgabe der Aushebung die Fortschaffung derjenigen Bevölkerung sei, die durch ihr Betragen zur Störung der öffentlichen Ordnung beitrage.“ (H. B. H.)

[Feuer.] Am 29. d. Vormittags 10 Uhr brach in dem Retortenhäuschen der auf dem Grundstück Nr. 4 am Schiebwerder belegenen Privat-Gas-Anstalt in Folge einer Unvorsichtigkeit bei dem Reinigen der Retorten Feuer aus, welches binnen Kurzem das leichte Papptab verlor. Das Lösch wurde durch den in dem Hause angehäuften Coal, der vollständig altheit, ungemein erschwert, so daß es der Feuerwehr erst nach mehrstündigem Eifer gelang, jede Gefahr zu befreiten. Die Gasenrichtung scheint keinen bedeutenden Schaden genommen zu haben, dagegen hat der im Hause beschäftigt gewesene Schlosserfelle G. mehrere Brandwunden an den Händen und dem Gesäß erlitten.

* Der Artikel „Aus dem Kreise Groß-Strehly“ in Nr. 605 der „Breslauer Zeitung“ ist dahin zu berichtigten, daß nicht die Frau v. Woyrsch Besitzerin des Ritterguts Boremba war, sondern Herr von Woyrsch und konnte letzterer auch nur den Gutstaufschwerstelligen.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grad. in Pariser Einheiten, die Temperatur der Luft nach Raumur.	Baro- rometer.	Lufts- temperatur.	Wind- richtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 30. Dez. 10 U. Ab.	328.77	+0,3	S. 1.	Trübe.
31. Dez. 6 U. Morg.	328.28	+0,8	S. 1.	Trübe.
Berlin, 29. Dez. 2 U. Mitt.	333.27	+5,4	W. 2.	Trübe.
Petersburg, 26. Dez. 8 U. Morg.	—	-0,4	NW. 2.	Bedekt.
Wien, 29. Dez. 8 U. Morg.	330.41	+4,0	—	Heiter.

Breslau, 31. Dez. [Wasserstand.] D. P. 13 J. 73. U. P. 1 J. 3 B. Eisstand.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 30. Dec. Nachm. 3 Uhr. Die Rente eröffnete zu 70, 10, hob sich auf 70, 25 und schloß fest zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 92% entgegengestellt. Schluss-Courie: 3pr. Rente 70, 10. 4% pr. Rente 88. — Italienische pr. Rente 72, 75. 3pr. Spanier — 1pr. Spanier —. Deut. Staats-Eisenbahn-Aktien 510. Credit-mobilier-Aktien 1152 Lomb. Eisenbahn-Aktien 592. Deut. Credit-Aktien —.

London, 30. Decbr. Nachm. 3 Uhr. Silber 61 1/2. — Regenwetter. Consols 92%. 1pr. Spanier 46%. Mexikaner 32%. Sardinier 81. 3pro. Russen 96. Neu-Russen 94. Hamburg 3 Monat 13 Mt. 6 Sch. Wien 11 J. 80 Kr. Der fällige Dämpfer aus Westindien ist angelkommen. Wien, 30. Dec. Mitt. 12 Uhr 30 Min. Günstige Stimmung. Spro. Metall, 76, 75. 1/2 pro. Metall, 65, 25. Bank-Aktien 809. Nordbahn 183, 80. 1854er Loope 94, 50. National-Anteile 81, 80. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 232, — Creditaktien 222, 80. London 114, 80. Hamburg 86, 35. Paris 45, 40. Gold —. Silber —. Böhmisches Weißbahn 168, —. Lombardische Eisenbahn 275, —. Neue Loope 132, — 1860er Loope 92, 60.

Frankfurt a. M., 30. December, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Österreichische Fonds Anfangs begehrt, schlossen matter, jedoch theilweise etwas höher. Die Ultimo-Regulirung geht leicht von Statthen. Böhmisches Weißbahn 72 1/2. — Schluss-Courie: Ludwigshafen-Berbach 144%. Wiener Wechsel 101%. Darmstädter Bank-Aktien 240. Darmstädter Betriebsbank 25%. Spro. Metall, 66%. 4% pro. Metall, 56%. 1854er Loope 80. Deut. National-Anteile 69%. Deut. -Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 232. Deut. Bank-Aktien 817. Deut. Credit-Aktien 224. Neueste österl. Aktien 80%. Deut. Österreich. Cijibah-Bahn 128. Rhein-Nahe-Bahn 83%. Main-Ludwigshafen Litt. A. 130%.

Hamburg, 30. Dec., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Ansangs höhere Course. 1860er Loope 79. Finnlaudische Anleihe 91 1/2 bezahlt. — Schluss-Courie: National-Anteile 69. Österreich Credit-Aktien 94. Vereinsbank 102%. Norddeutsche Bank 103. Rheinische 99%. Nordbahn 63%. Disconto 3% bis 4. Wien 89, 25. Petersburg 30%.

Hamburg, 30. Decbr. [Gedrehter Markt.] Weizen loco fest, ohne Geschäft, ab auswärts ruhig. Roggen loco fest, ab Ostsee pr. Frühjahr 76 gehalten, 75 Geld. Del sehr fest, pr. Dec. 31 1/2, pr. Mai 30 1/2. Kaffee, Slimming günstiger, loco Einiges gemacht. Sint 2000 Ctnr. loco per medio-Februar 11 Mt. 11 Sch.

Liverpool, 30. Decbr. [Baumwolle.] 5,000 Bailen Umsatz. — Markt ruhiger, Preise fest.

Berlin, 30. Dezbr. Die Regulirung gestaltete sich heute ziemlich schwierig, einmal in Folge der schon an den früheren Börentagen erwähnten, heute noch gesteigerten Geldknappheit, sodann auch in Folge eines bedeutenden Bören-Talfallens, das allerdings fast ausschließlich nur die österreichischen Spekulationsschäfchen berührte. Es handelte sich dabei, wie erwähnt wird, hauptsächlich um die Lieferung von ca. 700,000 Jl. österreich. Credit-Aktien, deren Beschaffung ohne eine namhafte Courssteigerung dieses Papiers nicht zu bewirken war. Hierzu abgesehen, zeigte sich für schwere Effeten kein Mangel an Stückien; gleichwohl erhielt die im Allgemeinen günstige Stimmung die Börsen in einer festen Position, so daß in vielen Fällen die Course noch über den gestrigen Stand hinausgingen. Nur hin und wieder drückte der hohe, durchschnittlich 6-7 p.C. erreichte Report auf den Courses, namentlich bei Oberschlesien, wo der Report zuweilen selbst 7 p.C. überstieg. Bei Köln-Mindener betrug der Report etwa so viel, bei Freiburg 7%. Credit wurde unentgeltlich prolongirt. Für Franzosen stellte ein Export von ca. 1/2 Thlr. heraus, für 60er Loope auf 7 p.C. Die Stimmung erhielt sich übrigens bis zum Schluss, und stellte sich zuletzt selbst eine gute, von der Regulirung unabhängige Froge für Capital-Effeten ein. Auch für Diskonten war Geld noch knapper und bei 3 1/2 kaum mehr anzucomen. (B. u. H. B.)

Berliner Börse vom 30. Dezember 1862.

Fonds- und Geld-Course.	Div. Z.
Freiw. Staats-Anleihe 4% 102 B.	1861 F.
Staats-Anl. v. 1850, 62 4 99% a 29 bz.	Ochles. B... 7 1/2 3 1/2 156 bz. u. B.
dito 1854, 55A 57 4 1/2 102 bz.	C. C. 7 1/2 3 1/2 176 1/2 bz.
dito 1856 102 bz.	„ Prior A. — 3 1/2 88 B.
dito 1853 59 1/2 102 bz.	„ Prior B. — 4 97 1/2 bz.
dito 1859 5 107 1/2 bz.	„ Prior C. — 4 97 1/2 bz.
Staats-Schuld-Sch. ... 3 1/2 89 1/2 bz.	„ Prior D. — 3 1/2 84 1/2 bz.
Präm.-Anleihe v. 1855 1281 bz.	„ Prior E. — 4 101 1/2 G.
Berliner Stadt-Obl. ... 47 1/2 102 1/2 B.	Oppeln-Tarnow. 4 60% a 60 bz.
Kur. u. Neumärker 3/2 92 1/2 B.	Prinz-W. (St. V.) 4 100 1/2 bz.
ditto ditto 101 1/2 bz.	Rheinisch. 5 4 101 1/2 bz.
Pommersche ... 2 1/2 91 1/2 B.	Rheinisch. 5 4 100 1/2 bz.
ditto neue ... 100 1/2 bz.	Rheinisch. 5 4 100 1/2 bz.
ditto ... 4 103 1/2 B.	Rheinisch. 5 4 100 1/2 bz.
Posensche ... 3 1/2 99 1/2 B.	Rhein.-Nahebahn. 4 29 1/2 bz.
ditto ... 95 1/2 bz.	Rhein.-Crefeld. 3 1/2 96 bz.
Schlesische ... 3 1/2 95 1/2 G.	Starg.-Posener. 4 128 G.
Kur. u. Neumärker 3/2 99 1/2 B.	Thüringer. 6% 4 128 G.
Pommersche ... 4 99 1/2 B.	Wilhelms Bah. 4 63 1/2 bz.
Posensche ... 4 99 1/2 B.	ditto Prior ... 4 92 1/2 G.
Preussische ... 4 99 1/2 B.	ditto III. Em. ... 4 94 1/2 bz.
Westf. u. Rhein. 4 99 1/2 B.	Rhein.-Rhein. 4 94 bz.
Sächsische ... 4 100 1/2 B.	ditto Prior St. ... 4 94 bz.
Schlesische ... 4 100 1/	